



Vor genau zwei Jahren wurden die Finanzprobleme rund um die Wien Energie bekannt. Die Causa beschäftigte über Monate die Politik

## Was vom Skandal rund um die Wien Energie übrig blieb

Wien. ÖVP vermisst von Reformen, etwa bei der Bürgermeister-Notkompetenz

VON JOSEF GEBHARD

Ein veritabler Schock unterbrach vor genau zwei Jahren jäh die politische Sommerpause in Wien. Im Zuge einer Krisensitzung mit der Bundesregierung wurde bekannt, dass der städtische Energieversorger Wien Energie aufgrund von Marktverwerfungen in arge finanzielle Probleme geraten war.

Konkret konnte das Unternehmen die für die Geschäfte an den Energiebörsen nötigen Besicherungen nicht mehr stellen. Die Stadt musste beim Bund um (letztlich nicht benötigte) zwei Milliarden Euro ansuchen. Zudem machte Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) per Notkompetenz zweimal 700 Millionen Euro für das Unternehmen frei. Über den Beschluss für die erste Tranche erfuhr die Öffentlichkeit aber erst nach Wochen, was für heftige Kritik an Ludwig sorgte.



„Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich ein derartiger Skandal wiederholt“

Markus Wölbitsch  
Klubobmann ÖVP Wien

WOLFGANG WOLAK

Die Aufarbeitung der damaligen Vorgänge mündete in einer Reihe von Empfehlungen. Der Großteil davon sei aber noch nicht umgesetzt, kritisiert ÖVP-Klubobmann Markus Wölbitsch. „Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich

ein derartiger Skandal wiederholt.“

Als Beispiel nennt er das Thema Notkompetenz: Die Stadtverfassung sieht vor, dass der Bürgermeister die per Notkompetenz beschlossene Angelegenheit „unverzüglich“ den zuständigen Organen zur nachträglichen Genehmigung vorlegt. Im konkreten Fall erfolgte dies erst nach Wochen. Die ÖVP will eine Präzisierung: „Unverzüglich“ sollte „spätestens binnen 24 Stunden“ bedeuten. Zudem soll die Heranziehung der Notkompetenz viel genauer als bisher begründet werden. Trotz Ankündigungen liege aber noch kein Entwurf vor, kritisiert die ÖVP.

Man sei in der koalitionsären Abstimmung, eine allfällige Beschlussfassung soll noch in der aktuellen Regierungsperiode erfolgen, heißt es bei der Wiener SPÖ.

Besser sieht es bei der Reform des Beteiligungsmagements der Stadt aus.

Hier hatte der Rechnungshof Mängel gefunden. Laut einer Anfrage-Beantwortung wurden immerhin bereits sechs zusätzliche Dienstposten beschossen, zwei seien schon besetzt worden. Bei der Wiener SPÖ verweist man auf laufende Weiterentwicklungen, die der Rechnungshof in seiner jüngsten Stellungnahme positiv bewertet habe.

### Aufsichtsräte

Weniger weit ist man bei strengeren Standards für die Auswahl der Aufsichtsräte der Stadtwerke. Sie stammen vor allem aus dem Stadt-Wien-Umfeld, wie der Rechnungshof kritisierte. Als Richtschnur für ein verbessertes Auswahlverfahren wurde ein eigener Corporate Governance Kodex bis Sommer 2024 angekündigt, ein solcher liege aber noch nicht vor, kritisiert die ÖVP. Dies soll nun im September folgen, betont man bei der SPÖ.

## Bundesheer: Nachfolge für Trainingsjet wird konkret

Tanner lässt Kauf von Leonardo-Jet prüfen

**Militär.** Die Nachfolge der ausgemusterten Trainingsjets vom Typ Saab 105 nimmt konkretere Formen an: Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) beauftragte am Dienstag die Generaldirektion Präsidium, die Anschaffung von Jet-Trainern des Typs M-346 der Firma Leonardo zu prüfen. Das italienische Verteidigungsministerium hatte zuvor ein Angebot für eine Beschaffungskoope-ration unterbreitet; finale Typentscheidung ist das aber noch keine.

Das Angebot ihres italienischen Amtskollegen bezeichnete Tanner im Gespräch mit der APA als „interessant“. Auch vom Zeitrahmen sei

man nun „gar nicht so weit weg“. Tanner zeigte sich zuversichtlich, dass die Prüfung „noch in diesem Jahr“ abgeschlossen werden könne.

Das italienische Verteidigungsministerium, das selbst Jet-Trainer anschaffen will, habe diese Kooperation angeboten. Sie habe die Generaldirektion Präsidium daher beauftragt, die konkreten Voraussetzungen für eine gemeinsame Beschaffung rechtlich zu prüfen. Zudem sei der Auftrag ergangen, bei Vorliegen aller Voraussetzungen Gespräche mit Italien aufzunehmen. Im Sinne der Transparenz hat Tanner eine begleitende Kontrolle der Vergabe angeordnet.

## Türkis-grüne Koalition bei Sicherheitsstrategie einig

NATO-Zusammenarbeit soll ausgeschöpft werden

**Regierung.** Die Regierung dürfte sich bei der lange diskutierten Sicherheitsstrategie geeinigt haben. Ein 57-seitiger, der APA vorliegender Letztentwurf, über den auch *profil* berichtete, sieht unter anderem eine Zusammenarbeit mit der NATO und den Ausstieg aus russischem Gas vor. Offiziell werden könnte die Strategie heute per Umlaufbeschluss.

Das Dokument beginnt mit dem Krieg in der Ukraine und stellt klar, dass von Russland auch für Europa Gefahr ausgehe. So heißt es: „Das Verhältnis zwischen der EU und Russland hat sich seit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die fundamental geändert“ oder „Im Rahmen seiner hybriden Kriegsführung wird Russland Europa weiterhin auch militärisch bedrohen, mit unterschiedlichen Mitteln herausfordern und versuchen, die Europäische Union und ihr Umfeld zu destabilisieren.“ Für die Autoren ist klar, welche Schlüsse zu ziehen sind: Der Ukrainekrieg verdeutliche, dass „Öster-

reichs Verteidigungsfähigkeit und Resilienz in allen sicherheitspolitischen Handlungsfeldern auf nationaler Ebene im Einklang mit der EU erhöht werden muss“.

Militärisch neutral zu sein, bedeute nicht, „gleichgültig zu sein, wenn Völkerrecht gebrochen wird und die Souveränität, die territoriale Integrität oder die Unabhängigkeit eines Staates angegriffen wird“. Als neutraler Staat darf die Republik keinem Militärbündnis angehören, eine Zusammenarbeit mit der NATO ist aber erlaubt.



Vizekanzler Kogler (Grüne) und Kanzler Neuhäuser (ÖVP)

## Bauernbund fordert: EU-Kommissar muss aus der Europäischen Volkspartei kommen

Agrarkommissar dürfe nicht den Rechten überlassen werden

**Landwirtschaft.** Die Zusammenstellung der nächsten EU-Kommission ist für Präsidentin Ursula von der Leyen keine leichte Aufgabe. Mit ihrem Vorhaben, gleich viele Frauen wie Männer in der Kommission sitzen zu haben, ist sie bereits gescheitert.

Jetzt gibt es auch noch die Forderung des österreichischen Bauernbundes, von der Leyen solle darauf achten, dass der nächste Agrarkommissar von der Europäischen Volkspartei (EVP) gestellt werden muss.

Der Grund sei die schlechte Bilanz des bisherigen Agrarkommissars, des Polen Janusz Wojciechowski. EU-Abgeordneter Alexander Bernhuber:



Kommissar Wojciechowski ist laut ÖVP eine Fehlbesetzung

„Egal, ob es um den Pflanzenschutz, den Green Deal oder die dringend notwendige Inflationsabgeltung der Agrargelder geht: Es wurde geschlafen, nicht zugehört und der Mund nicht aufgemacht. Dieser bauernfeindliche Kommissar ist auf allen Ebenen ge-

scheitert.“ Niederösterreichs Bauernbunddirektor Paul Nemecek ergänzt: „Es ist entscheidend, dass der nächste Agrarkommissar aus der Europäischen Volkspartei kommt. Nur so könne sichergestellt werden, dass dieses wichtige Thema wieder in den Vordergrund rückt. Dass andere Parteien, wie die Europäischen Rechten, die Interessen und die Arbeit der Landwirte nicht ernst genug nehmen, haben wir in den letzten fünf Jahren leidvoll gesehen.“

Gerade der Agrarkommissar habe für Europa zentrale Bedeutung, weil es um die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln gehe. So die Argumentation. **MAG**

KURIER TV



bei  
**GEBHART  
SPEZIAL**  
ZUR NATIONALRATSWAHL

Im Talkformat „bei GEBHART“ lädt KURIER Chefredakteur Martin Gebhart **jeden Mittwoch und Samstag** um 20.15 Uhr die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten zum Talk auf KURIER TV.

**Heute zu Gast:**  
Madeleine Petrovic, Liste Petrovic



im Livestream und in der Mediathek auf **KURIER.TV**